

---

FDP Taunusstein Kommunalpolitik

## **PM – WO KOMMT DER STROM HER?**

25.03.2020

---

Wo kommt der Strom her?

Die Bundesregierung will nun einen Anschluss zum Laden von E-Autos in Gebäuden als einklagbares Recht gesetzlich verankern. Bislang gibt es ca. 300.000 E-Autos in Deutschland, aber ca. 43.8 Millionen Autos mit verschiedenen anderen Antrieben, stellt der Vorsitzende der FDP Stefan Bergmann fest. Im Jahre 2022 sollen es 1,5 Millionen sein. Die hierfür erforderliche Strommenge kann vielleicht gerade noch von den Stromanbietern zur Verfügung gestellt werden.

Wie es dann jedoch weitergeht, fragt sich der Fraktionsvorsitzende Raimund Scheu. Die ESWE als Netzbetreiber ist selbst im Neubaugebiet Mainzer Allee, wo ein neuer Verteiler gebaut werden soll, nicht bereit und in der Lage, Anschlusskapazitäten für mehr als 10 E-Autos in einem Gebäude mit 30 Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Die Ladung von z.B. ca. 10 E-Autos in der Tiefgarage ist auch nur mit einem Lastmanagement möglich, das jedem angeschlossenen Auto anteilig so viel Strom zur Verfügung stellt, wie die Leitung hergibt. Im Extremfall könnte es so sein, dass die Autos morgens nicht ganz vollgeladen sind.

Wenn z.B. 50 % oder mehr Bewohner jetzt plötzlich E-Autos haben wollen, dann müssten die Eigentümer vermutlich mit einem Raddynamo helfen, die Ladung vor zu nehmen, bemerkt Scheu. Falsch wäre es jedoch hierfür der ESWE die Schuld zu geben. Problem ist, dass unsere gesamte Infrastruktur auf diese Verkehrswende nicht ausgelegt ist, bemerkt die stellvertretende Vorsitzende Juliane Bremerich, wobei nicht nur sie, sondern auch ihr Gatte Klaus ein E-Auto fahren und diese zu Hause laden.

Wenn dann noch in Zukunft der gesamte ÖPNV auf Elektro umgestellt werden soll, bricht sowieso alles zusammen, bemerkt der Stadtverordnete Jochen Lippold. Er ist ein Verfechter von Lösungen mit Wasserstoff.

Die Fraktion der FDP möchte hiermit nicht nur auf das Problem des fehlenden Stroms hinweisen. Noch gravierender wird das Problem des Abbaus von Millionen Arbeitsplätzen in der Automobil und der Zulieferindustrie werden. Die Bundesregierung hat viel zu Zaghafte die Verantwortlichen für die Dieselskandale zur Rechenschaft gezogen. Dies ist mit ein Grund dafür, dass der Diesel inzwischen kaum mehr akzeptiert wird, obwohl die neuen Modelle inzwischen bessere Luft ausstoßen, als sie anziehen.